

**Sperrfrist: 06.05.2017, 11.00 Uhr**

**"Wider Luftschlösser und Grössenwahn"**  
"Dank AUNS nicht in der EU! Rettung der Schweiz und  
Herausforderung"

Rede an der Mitgliederversammlung der Aktion für eine  
unabhängige und neutrale Schweiz AUNS vom 6. Mai 2017  
in der Mehrzweckhalle Kaserne Bern

**Von Christoph Blocher, Gründungspräsident der AUNS, a. Bundesrat**

Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort. Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.
---

## Inhaltsverzeichnis

### **“Wider Luftschlösser und Grössenwahn”**

I.	6. Dezember 1992: Jahrhundertabstimmung der Schweiz.....	3
II.	Unter Verachtung zum heilvollen Ziel.....	4
III.	EU-Turbo als Chefunterhändler.....	6
IV.	Wider den EU-Rahmenvertrag.....	7
V.	Der Kampf kann beginnen.....	8

Herr Präsident,

Verehrte Mitglieder, Freunde und Gäste der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz,  
Liebe Mitkämpferinnen und Mitkämpfer,  
Getreue, liebe Mitlandleute,  
Liebe Frauen und Männer!

### I. 6. Dezember 1992: Jahrhundertabstimmung der Schweiz

Dieses Jahr jährt sich zum 25. Mal, dass Volk und Stände den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und zum anschliessenden EU-Beitritt abgelehnt haben. Dies bei einer Stimmbeteiligung von fast 80%. Heute sieht man: Es war von ihrer Bedeutung her die Jahrhundertabstimmung. Ohne das damalige Nein wäre die Schweiz heute Mitglied der Europäischen Union.

Und – meine Damen und Herren – **es darf festgestellt werden: Es war die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), die den Kampf als erste aufgenommen und am konsequentesten durchgezogen hat. Ohne die AUNS wäre die Schweiz heute Mitglied der EU!**

Die Schweiz war in diesem Abstimmungskampf aufgewühlt. Leute, die sonst nie an die Urne gingen, stimmten zum ersten Mal ab. Und viele fragten sich: **Wie konnte es soweit kommen, dass fast alles, was "Rang und Namen" hatte, bereit war, die tragenden Werte der Schweiz, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Neutralität, direkte Demokratie zu opfern.** Denn der EWR bedeutet, einen Grossteil des EU-Rechtes und des EU-Folgerechtes auch ohne Zustimmung des schweizerischen Souveräns zu übernehmen. Es handelt sich um einen **klassischen Kolonialvertrag**. Und darum legte der Bundesrat in seiner Botschaft an das Parlament dar, dass ein solcher Beitritt zum EWR nur dann Sinn macht, wenn man später der EG (heute EU) beitrifft. **Der Wille, die unabhängige und neutrale Schweiz zu opfern, ist auch Ausdruck der damaligen politischen und geistigen Verlotterung der führenden Leute.**

Als die Sowjetunion Ende der 80er-Jahre Bankrott erklärte und 1989 in Berlin die Mauer fiel, ging der Kalte Krieg zu Ende. Übermütig und kurzsichtig dachten die allermeisten führenden Leute auch in unserem Land, jetzt sei der ewige Friede ausgebrochen, jetzt werde es keine Kriege und keine Spannungen mehr geben, und dank der Europäischen Union würden alle Europäer in West, Nord, Ost und Süd zu einer einzigen, grossen und friedlichen Völkergemeinschaft zusammenfinden. Grenzen seien hinfällig! Völlig weltfremd, naiv, unkritisch und in geradezu pubertärer Weise wurde die EG als das friedliche Paradies auf Erden gepriesen. Kriege – so wurde betont – würde es keine mehr geben. Armee und Neutralität seien abzuschaffen.

**Und heute?** Mittlerweile ächzt die EU unter enormen Ermüdungserscheinungen und offenbart das, was wir damals im Abstimmungskampf darlegten: **Es handelt sich bei der EU um eine intellektuelle Fehlkonstruktion.** Die Welt ist übersät mit Kriegen. Russland erobert die Krim ohne einen Schuss abgeben zu müssen. Und ob die EU weiterhin bestehen bleibt, ist heute ungewiss.

Aber die AUNS steht immer noch da. Und wir dürfen heute, 25 Jahre nach dem EWR/EU-Nein, feststellen: Das Festhalten an der schweizerischen Staatsform ist für unser Land **Segen, nicht Fluch**. Darum geht es der Schweiz besser als anderen Ländern. Der Wille führender Leute, die Schweiz preiszugeben, **war Ausdruck von Grössenwahn und dem Wunsch nach intellektuellen Luftschlössern**. Aber – so müssen wir leider feststellen – geändert hat sich in dieser Beziehung nicht viel.

Und darum – meine Damen und Herren – **haben die AUNS und gleichgesinnte Parteien gegen diesen internationalistischen Grössenwahn Widerstand zu leisten. Widerstand ist des Bürgers erste Pflicht!**

## II. Unter Verachtung zum heilvollen Ziel

Wir wissen aber auch: Das war und ist kein **Honigschlecken** und wird auch **in Zukunft** keines sein. Das hat **in der AUNS** und noch in grösserem Ausmass in der SVP, jeder einzelne gespürt!

Ein **Professor für Politologie** namens **Leonhard Neidhart** sah unmittelbar nach dem Nein von Volk und Ständen zu EWR/EU „**Verfallerscheinungen in der politischen Kultur**“<sup>1</sup> und beschimpfte unseren grossartigen Mitkämpfer Otto Fischer. Er sei der "in sinnlosem Zorn entbrannte AUNS-Sekretär." Man müsse Massnahmen treffen.

Und der Herr Professor forderte „**Fairnessregeln oder Wahrheitspflichten für jene, die sich in grossem Stil an der politischen Meinungsbildung des Volkes beteiligen**“. Das Nein des Volkes hätte der direkten Demokratie, „**dieser durchaus kostbaren institutionellen Besonderheit unseres Landes, grossen Schaden zugefügt**“<sup>2</sup>. Auch müsse man das „Ständemehr überdenken“. „**Wohlgemerkt**“, fuhr Professor Neidhart in süsslichem Ton fort, „**ich plädiere nicht für eine Abschaffung, sondern für eine Anpassung**“.<sup>3</sup>

(Sie sehen: Professoren mögen sich länger an der Universität herumgetrieben haben als wir: Gescheiter sind sie aber nicht geworden. Auf jeden Fall sprechen seine Ausführungen gegen Lebensweisheit und Bescheidenheit!)

**Staatssekretär Franz Blankart**, der für den Bundesrat die Pro-Kampagne anführte, schwindelte damals vor dem Schweizer Gewerbetag: „**EWR und EG-Beitritt sind zwei völlig verschiedene Dinge**.“ Offenbar wusste er nicht mehr, was der Bundesrat in seine Botschaft dazu geschrieben hat. Dort hiess es nämlich wörtlich: „**Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat**.“<sup>4</sup>

Blankart behauptete auch, „**dass die EG keine Einzelverträge mehr aushandeln will...**“ **Mit anderen Worten: Es gäbe keine bilateralen Verträge mehr!**

---

<sup>1</sup> Leonhard Neidhart: Gedanken zur EWR-Abstimmung, Der Demokratie Schaden zugefügt, Verfallerscheinungen in der politischen Kultur unseres Landes, in: „Schweizerische Handelszeitung“, 10.12.1992, S. 5.

<sup>2</sup> Leonhard Neidhart: Gedanken zur EWR-Abstimmung, Der Demokratie Schaden zugefügt, Verfallerscheinungen in der politischen Kultur unseres Landes, in: „Schweizerische Handelszeitung“, 10.12.1992, S. 5.

<sup>3</sup> Ebenda

<sup>4</sup> Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, 18.5.1992, S. 59.

**Eine der vielen Fehlprognosen mehr! Heute wissen wir: Bilaterale Verträge noch und noch. Eher zu viel als zu wenige.**

Und, so prognostizierte der Staatssekretär weiter, **"ohne EWR wächst die Arbeitslosigkeit in der Schweiz merklich"**.

Und heute? Meine Damen und Herren, vergleichen Sie die Arbeitslosenzahlen der Schweiz mit jenen der EU! Ohne den verheerenden Freizügigkeitsvertrag mit der EU würde die Schweiz noch viel besser dastehen.

Und so verkündete der Chefunterhändler des Bundesrates weiter: **„Ohne EWR werden die Grossen teilweise auswandern und die Kleinen teilweise schliessen. Das ist die Wahrheit.“**

Heute können wir Bilanz ziehen: Das Gegenteil traf ein: Zahlreiche grosse Firmen haben sich in der Schweiz niedergelassen, gerade weil wir nicht Teil von EWR und EU sind.

Schliesslich drohte Blankhart, ohne ein Ja zum EWR/EU–Beitritt würde es eine Katastrophe geben: **„Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EG auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen.“<sup>5</sup>**

Dieser Busgang der Schweiz wäre also gemäss Bundesbern 1997 vorgesehen gewesen. Doch was passierte? Mindestens des Schweizer Knie sind noch unversehrt, weil niemand auf den Knien in Brüssel bitten musste.

Die „NZZ“ schrieb 1992 kurz vor der Nein-Parole des Schweizerischen Bauernverbands zum EWR: **„Von der aufgeheizten Stimmung an der bäuerlichen Basis zeugen auch jene landwirtschaftlichen Genossenschaften, die dem Bauernverband wegen dessen EWR-freundlicher Haltung kurzerhand die Mitgliedschaft aufkündigen und ihre Verbandsbeiträge der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) überweisen wollen.“<sup>6</sup>**

An einer vom Westschweizer Fernsehen organisierten Tagung prophezeiten die eingeladenen **Politiker, Professoren und Unternehmer: „Falls der EWR-Beitritt der Schweiz am Nein der Deutschschweizer scheitert, bricht die Schweiz auseinander.“** Aber heute wissen wir: Auch in der Westschweiz kippte die Stimmung. Sie ist heute ziemlich genau so EU-kritisch wie in der Deutschschweiz.

Wer erinnert sich noch, dass wir damals von der Presse **wie Kriminelle behandelt** wurden?

So wurden wir von der Zeitung „Cash“ besonders heftig attackiert. Doch keine Angst, heute wissen wir: **Diese Zeitung ist längst eingegangen, während es die AUNS immer noch gibt!**

Ich selber wurde 1992 massiv kritisiert wegen den folgenden Worten: **„Eine gute Politik zu betreiben, das ist nicht einfach ein Honiglecken. Wir haben Widerstand zu leisten gegen all die Fehlentwicklungen, denen unser Land derzeit ausgesetzt ist. (...) Widerstand heisst das richtige Wort! Widerstand ist das Gebot der Stunde!“** Die „NZZ“ brauchte für mich darauf das erste Mal das Wort Populist.

Und als ich in der Universität Freiburg zum EWR-Vertrag sprechen musste, wurde ich in der Stadt Freiburg mit grossen Plakaten willkommen geheissen: **"C'est le diable, qui vient."**

---

<sup>5</sup> An alle EWR-Zweifler: Lesen Sie hier, welche Argumente den Schweizerischen Gewerkekongress zu einem klaren Ja zum EWR bewogen haben, Auszüge aus der Rede von Staatssekretär Franz Blankart, gehalten am ausserordentlichen Gewerkekongress in Bern am 4. September 1992, in: „Neue Zürcher Zeitung“, 21.11.1992, S. 42–43.

<sup>6</sup> Was der Bauer nicht kennt, Die EWR-Abstimmung als Blitzableiter?, in: „Neue Zürcher Zeitung“, 7./8.11.1992, S. 21.

Auch der mutige AUNS-Sekretär Otto Fischer wurde rüde angepflaumt, weil er geschrieben hatte: **„Es gab schon einmal eine Zeit, wo es in der Schweiz um die Alternative 'Anpassung oder Widerstand' ging. Auch damals gehörten Bundesräte zur Kategorie der Anpasser. Wir sind stolz darauf, dass dies für die AUNS nicht zutrifft, dass wir zum Widerstand entschlossen sind. Die Geschichte wird, wie seinerzeit Anfang der vierziger Jahre, denjenigen, die die Nerven nicht verloren haben, recht geben.“**<sup>7</sup>

Meine Damen und Herren, bereits die Geschichte die letzten 25 Jahre hat uns Recht gegeben, und wenn wir weiter erfolgreich Widerstand leisten, wird uns auch die Zukunft Recht geben! Aber leider sind viele Anpasser geblieben. Dies in sogenannten "höheren Kreisen!"

### III. EU-Turbo als Chefunterhändler

Warum ich das alles sage? Weil heute viele Leute – auch in unseren Reihen – solchen Anfeindungen aus dem Wege gehen, statt ihnen zu trotzen. Sie wollen diese Lasten der Verschmähungen nicht tragen und suchen Anerkennung bei den Anpassern. Dabei ist heute, meine Damen und Herren, vieles schlimmer als damals. Damals gab der Bundesrat die kolonialen Züge des EWR zu und bestätigte, dass der EWR nur **Vorstufe zum Vollbeitritt** in die EU gewesen wäre.

Sogar Staatsrechtsprofessor Daniel Thürer war damals noch ehrlicher und tadelte den EWR-Vertrag als **„unausgewogen“**, ja, dieser trage geradezu **„hegemoniale Züge“**.<sup>8</sup> Ja, sie hören richtig. Es ist derselbe Professor Thürer, der jetzt mit Geheimgutachten den Bundesrat berät und Strategien entwickelt, wie die Schweiz durch die Classe politique ohne Volksabstimmung in die EU geführt werden kann.<sup>9</sup>

Man müsse nur das EU-Recht einfach zum übergeordneten Völkerrecht erklären, dann wäre die Schweiz Mitglied der EU, wird erklärt. Und heutzutage überlegen sich Politiker und Verwaltung nur noch, wie sie ihre EU-Anbindungs-Absicht verschleiern können. Sie zerbrechen sich den Kopf, wie man eine institutionelle Bindung tarnen und dem Volk schmackhaft machen kann. Die **Ankettung an die EU**, hinter dem Rücken des Volkes vollzogen, soll als Erneuerung des bilateralen Weges verkauft werden. **Statt um eine verständliche Sprache geht es heute um unverständliche, heuchlerische, verlogene Sprachregelungen.**

Und wehe, wer hier die Wahrheit spricht.

Der letzte, der hier noch Klartext gesprochen hat, war EU-Verhandlungsführer **Staatssekretär Yves Rossier**. Im Mai 2013 sagte er frank und frei zur „NZZ am Sonntag“ die Wahrheit: **„Ja, es sind fremde Richter, es geht aber auch um fremdes Recht.“**<sup>10</sup> Diese Klarheit, die den diplomatischen "Fake News" widersprach, führte zu seiner Amtsenthebung. **Er wurde als Botschafter ins kalte Moskau strafversetzt!**

---

<sup>7</sup> Der Antichrist hockt in Brüssel. Von Weltkriegs-Nostalgie bis zur Apokalypse: Die EG-Gegnerschaft treibt seltsame Blüten, in: „Cash“, 10.4.1992, S. 21.

<sup>8</sup> Daniel Thürer im Mai 1991 in der „Neuen Zürcher Zeitung“. Zitiert nach Markus Somm: Der konservative Revolutionär, Herisau 2009, S. 283.

<sup>9</sup> Prof. Dr. Daniel Thürer: Gutachten über mögliche Formen der Umsetzung und Anwendung der Bilateralen Abkommen, 7.7.2011.

<sup>10</sup> Europäischer Gerichtshof als letzte Instanz „logisch“, Staatssekretär Rossier zur Neugestaltung des bilateralen Wegs, in: „NZZ am Sonntag“, 19.5.2013, S. 9.

Nach dem EWR-Nein rissen in Bern leider die **EU-Turbos** die Macht an sich und handelten gegen den Volkswillen. So wurden in der Folge die Bilateralen Verträge I von Personen ausgehandelt, die nicht wie Volk und Stände die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Schweiz hochhielten, sondern die der EU beitreten wollten. Als Chefunterhändler amtierte **Jakob Kellenberger**. In seinem Buch „Wo liegt die Schweiz“ schreibt er noch 2014 wörtlich: „**Begründungspflichtig für ein Land in der Lage der Schweiz ist nicht der EU-Beitritt, sondern seine Ablehnung.**“<sup>11</sup> Weiter lesen wir hier von diesem Top-Diplomaten: „**Von Geschichte, Lage und Bedeutung der Schweiz her ist es in der Tat ungewöhnlich, dass die Schweiz nicht Mitglied ist...**“

**Man müsse nur die anderen Staaten ansehen: Sie fänden alle, "Brüssel sei der Ort, wo man als gleichberechtigter Partner mitentscheiden könne."**<sup>12</sup>

(Gut, er wusste damals noch nicht, dass bereits 2016 das mächtige Grossbritannien beschliessen würde, aus diesem Club auszutreten.)

Müssen wir uns also wundern, dass die Schweiz unter einem solchen Chefunterhändler von der EU eine Guillotineklausel akzeptierte, weil gemäss Kellenberger die EU „**das Risiko als zu gross erachtete, dass Abkommen, die vor allem für die EU von Interesse waren, über den direkt-demokratischen Weg herausgesiebt würden**“.<sup>13</sup> Dieses freiwillige Einknicken ist nur verständlich vor dem Hintergrund, dass der Bundesrat und sein Chefunterhändler den EU-Vollbeitritt zum Ziel hatten.

Und die bilateralen Verträge kamen nur unter massiven Unwahrheiten und Lügenprognosen zustande. Vor allem das Grundübel der EU-Konstruktion, der freie Personenverkehr, wurde den Bürgern mit Lügen und Fehlprognosen verkauft!

Mit der 1999 ausgehandelten Personenfreizügigkeit kamen statt der vom Bundesrat vor der Abstimmung prophezeiten acht- bis zehntausend Personen durchschnittlich über 75'000 in die Schweiz. Die Masseneinwanderung sprengt jeden Rahmen: Es sind seit der Einführung vor 10 Jahren rund 800'000 Personen, d.h. ein Kanton in der Grösse des Kantons Waadt, in unser Land geströmt, dies, obwohl Volk und Stände den Verfassungsartikel über die Masseneinwanderung klar guthiessen, um diesen Missstand zu beheben. **Doch heute vertreten alle drei Staatsgewalten lieber die Interessen von Brüssel als jene des Schweizervolkes.**

**Ein Verfassungsbruch und ein Staatsstreich von Regierung, Parlament und Bundesgericht gegen den verfassungsmässigen Souverän!**

Darum erarbeitet eine gemischte Kommission von AUNS und SVP unter dem Vorsitz von alt Nationalrat Caspar Baader Vorschläge, wie im Interesse der Schweiz die anhaltende Masseneinwanderung gestoppt werden kann, wie sie ja heute Vormittag gehört und beschlossen haben. Die SVP-Organen haben dasselbe getan im Wissen, dass sie es mit verfassungsbrecherischen Behörden zu tun hat.

#### **IV. Wider den EU-Rahmenvertrag**

Der Blick zurück ist wichtig, damit wir umso klarer nach vorne sehen.

---

<sup>11</sup> Jakob Kellenberger: Wo liegt die Schweiz? Gedanken zum Verhältnis CH–EU, Zürich 2014, S. 14.

<sup>12</sup> „Die Schweiz hat der EU viel zu verdanken“. In: „Südostschweiz“, 8.8.2015, S. 9.

<sup>13</sup> Jakob Kellenberger: Wo liegt die Schweiz? Gedanken zum Verhältnis CH – EU, Zürich 2014, S. 213.

Wie schon im Bundesbrief von 1291 ist die „Arglist der Zeit“ auch für uns so gross wie eh und je. Denn der Bundesrat will sich noch in diesem Jahr **auf einen Rahmenvertrag, auf ein institutionelles Abkommen mit der EU festlegen, das die Übernahme von EU-Recht und die Unterwerfung unter EU-Richter beinhaltet.**

**Fremdes Recht und fremde Richter sollen wir akzeptieren müssen: die Ankettung an die EU bis zur Selbstaflösung!**

Nein, meine Damen und Herren, ein aufrechter Schweizer lässt sich dies nicht gefallen!

Darüber wird es zu einer Volksabstimmung kommen. Bei dieser Abstimmung geht es um das Sein oder Nichtsein der Schweizerischen Eidgenossenschaft. **Denn unser Land ist eigenständig, souverän, neutral und direktdemokratisch, oder es ist nicht mehr unser Land!**

Das gibt eine Volksabstimmung, welche die Abstimmung über den EWR noch überragt!

Das **Abstimmungskomitee ist gebildet, d.h. dem Komitee EU-No** gehören bereits 133 Kollektivmitglieder (darunter auch die AUNS) und **über 6'800** Einzelmitglieder an. Treten Sie diesem Komitee bei. Der Jahresbeitrag beträgt 10 Franken.

Wenn die Parteien heute fast schlotternd vor Angst betonen, ein Rahmenvertrag habe beim Volk „keine Chance“ und sie seien auch dagegen, tönt das ja schön und gut. Nur: **Warum haben sich diese Parteien im letzten Jahr geweigert, bei der Diskussion des Legislaturprogramms den SVP-Antrag auf Verzicht auf ein EU-Rahmenabkommen zu unterstützen? Allergrösstes Misstrauen ist hier am Platz.**

Wir müssen sie an ihren Taten messen. Auf grosse Worte sollten wir uns nicht verlassen.

## V. Der Kampf kann beginnen

Meine Damen und Herren, die AUNS ist gefordert. Wir **alle müssen jetzt das Nebensächliche zur Seite schieben und uns voll und ganz auf das grosse Ziel konzentrieren.** Es ist das verfassungsmässig bereits beschlossene **Ende der Personenfreizügigkeit** durchzusetzen und die **geplante Ankettung an die EU zu verhindern.**

Egal, ob die Abstimmungsvorlage als „Rahmenvertrag“, als „Erneuerung des bilateralen Wegs“ oder eingepackt in ein „Stromabkommen“, daherkommt: **Es geht auch hier um nichts anderes als um einen Kolonialvertrag und eine Abstimmung über den EU-Beitritt.**

Wie vor 25 Jahren wird man der Schweiz den Untergang voraussagen, wenn man an der Unabhängigkeit festhält. Doch wenn wir nicht aufgeben, werden die Leute sehen:

Die unabhängige und neutrale Schweiz ist Segen – nicht Fluch.

**Dieser Kampf wird von uns allen den letzten Einsatz abverlangen. Aber wir haben auf unserer Seite die gute Sache. Ich zähle auf Sie!**

Aber Sie sollen auch wissen: **Sie können auf mich zählen.**

**Uns allen, Ihnen wie mir, ist die Schweiz dieser volle Einsatz wert!**

Ich danke Ihnen, dass Sie sich dem Ruf des Vaterlandes nicht versagen. Mit Gottes Hilfe werden wir diesen Kampf gewinnen.